

## **Antidemokratischer Sündenfall**

*- Leserbrief zu zwei Artikeln vom 18. und 19.März -*

Obwohl ich als Meiningener nicht persönlich betroffen bin von den Konflikten um die Grundschule Brotterode, kann ich als Staatsbürger nicht schweigen zu dem antidemokratischen Sündenfall, den unser Landkreis gerade begeht.

Da sind Eltern, die das Recht der freien Schulwahl wahrnehmen und ihre Kinder im Gymnasium Ruhla anmelden. Damit entsprechen sie nicht den Planungen des Landkreises. Dafür wird die gesamte Grundschule Brotterode bestraft. Kinder aus Trusetal und Kinder aus Brotterode, die die Regelschule besuchen werden, werden einfach in Sippenhaft genommen, indem verfügbare Mittel aus dem Konjunkturpaket der ganzen Grundschule vorenthalten werden.

Den besorgten Eltern und Lehrkräften bleibt jetzt nur noch eins, um den Heizkessel und die Dämmarbeiten für ihre Schule zu retten: Druck ausüben auf die Kinder, die nach Ruhla wollen. Druck ausüben auf ihre Eltern, die doch nur ihre Rechte wahrnehmen. Faktisch erpresst der Landkreis die Lehrkräfte der Grundschule dazu, dass sie ihrerseits die Kinder erpressen, auf keinen Fall nach Ruhla zu gehen. Faktisch setzt der Landkreis darauf, dass sozialer Druck die Eltern davon abbringt, ihr Recht auf freie Schulwahl auszuüben. Das ist ein ungeheuerlicher Vorgang, gekrönt von der Idee, keine Schulbusse mehr aus dem Wartburgkreis über die Kreisgrenze zu lassen. In ganz Europa fallen die Schlagbäume, und hier soll die Thüringer Kleinstaaterei wieder eingeführt werden? Ja wo leben wir denn?

Wenn die Entscheidung der Eltern für Ruhla Mehrkosten für den Kreis mit sich bringt, müssen sich die verantwortlichen Kommunalpolitiker an die eigene Nase fassen. Sie haben falsch geplant, wenn sie nicht mit der freien Entscheidung der Eltern rechnen. Sie haben die Folgekosten der Schließung des Gymnasiums Schwallungen falsch kalkuliert. Herr Luther verspottet das Gymnasium Ruhla als „Kuschelgymnasium“, statt zur Kenntnis zu nehmen, dass Eltern heute auf Schulen Wert legen, in denen möglichst jeder jeden kennt und in denen der Einzelne nicht so leicht in der großen Masse verschwindet. Das beweist auch das Interesse für das Privatschulwesen in Meiningen oder die regelmäßige Entscheidung mancher Meiningener Schüler für das Gymnasium Kaltensundheim. Unsere Kommunalpolitiker müssen den Bürgerwillen als Planungsgröße berücksichtigen, statt zu erwarten, dass Eltern sich nach der Meinung der Politiker richten. Wie Gorbatschow einst zu Honecker sagte: „Gefahren warten nur auf jene, die nicht auf das Leben reagieren.“

Der Kreistag müsste eindeutig feststellen, dass der neue Heizkessel für die Grundschule Brotterode nichts mit der Schulwahl von 16 Brotteröder Eltern zu tun hat. In einer funktionierenden Demokratie müsste der Kreistag einen Landrat, der seine Grenzen überschreitet, in die Schranken weisen. Aber 10 von 12 Mitgliedern des Kreis- und Finanzausschusses haben die selbstherrlichen Anwandlungen des Landrats schon abgenickt. Die Eigengesetzlichkeit der Bürokratie wird damit über die Bürgerrechte gestellt. Solche Erlebnisse sind es, die die Demokratiemüdigkeit im Volk nähren.

Es wird sich herumsprechen, wie der Landkreis mit Eltern umgeht. Es wird sich auswirken auf die Standortqualität des Landkreises als Wohnort für junge Familien. Auf solche langfristige Wirkungen sollten verantwortungsbewusste Kommunalpolitiker achten.

Michael Tausch, Meiningen